

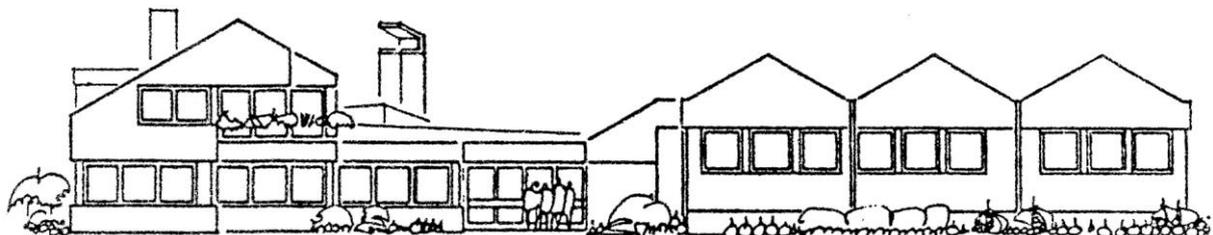
„Ein gute Bücherei von unschätzbarem Wert“

Im Januar 1967 stand das neu erbaute Pfarrjugendheim in Verl im Mittelpunkt des Interesses

Gleich zwei Anlässe rückten das neu erbaute Pfarrjugendheim der Kirchengemeinde St. Anna in Verl am Kühlmannweg im Januar 1967 in den Mittelpunkt des Interesses: Die Eröffnung der darin untergebrachten Pfarrbücherei und der Aufruf während des jährlichen Treffens der Müttergemeinschaft, für die noch fehlende Bestuhlung des Heims zu spenden.

Am Mittwoch, dem 4. Januar, hatten die Nutzerinnen und Nutzer zum ersten Mal Gelegenheit, in der neu hergerichteten Pfarrbücherei „ein gutes Buch“ auszuleihen. Sie präsentierte sich, so berichteten die Zeitungen, nun als Freihandbücherei in einem großen hellen Raum: Erstmals seit der Gründung der Pfarrbücherei waren die Bücher der Leserschaft unmittelbar zugänglich. Es war Pfarrer Joseph Kleine gewesen, der schon im Jahr 1872 erkannt hatte, „daß gerade auf dem Lande mit den nur spärlichen Bildungsmöglichkeiten eine gute Bücherei von unschätzbarem Wert für das geistige Leben eines Dorfes ist.“ Eine stetige Aufwärtsentwicklung, unterbrochen allerdings durch die Zeit des Nationalsozialismus, hatte die Pfarrbücherei seitdem genommen – sowohl in Hinblick auf die Zahl der Bücher als auch auf die Zahl ihrer Ausleihen. Die neue Freihandbücherei genügte „jetzt allen Ansprüchen“, ausgestattet mit über 2000 Bänden „aus allen Gebieten der Literatur.“ Auch die politischen Gemeinden des Pfarrbezirks, Verl, Bornholte und Sende, hatten Zuschüsse bewilligt, denn als einzige öffentliche Bücherei war die Pfarrbücherei eine wichtige Bildungseinrichtung. (Die „Bibliothek Verl“, das „medien.phile Haus“, in der Trägerschaft der politischen Gemeinde Verl, sollte erst 1999 eröffnet werden.)

Die Müttergemeinschaft der Kirchengemeinde traf sich Ende Januar im „Deutschen Haus“, der Gastwirtschaft Ameling an der Hauptstraße, zu ihrem jährlichen gemeinsamen Kaffeetrinken mit Pfarrer Ludwig. Unterhaltung bot dabei eine Folge von „lustigen Darbietungen“, das auch die anwesenden Zeitungsreporter verfolgten. Dem Aufruf am Ende des Programms, für die noch fehlende Bestuhlung des Pfarrjugendheims zu spenden, kamen die Frauen großzügig nach. Außerdem wünschten sich die Laienspielerinnen für das Pfarrjugendheim einen weiteren Bauabschnitt, mit Saal und Bühne für zukünftige Proben und Auftritte. Es dauerte jedoch noch zwölf Jahre, bis dieser zweite Bauabschnitt 1979 begonnen wurde.



Das geplante Aussehen des zu einem „Pfarrzentrum“ erweiterten Pfarrjugendheims am Kühlmannweg zeigte die Kolpingsfamilie Verl in der Festschrift zu ihrem 50jährigen Bestehen 1981.

„Eine Sektkellerei, weitab von traubenschweren Weinstöcken“

Die Firma Johann Tausch stellte im Februar 1967 bereits seit sechs Jahren Sekt her

Schon im Januar 1967 hatten die Zeitungen anlässlich seines 60sten Geburtstags die unternehmerische Leistung Heinrich Pollkleseners gewürdigt. Er hatte 1948 die im Jahr 1899 von Johann Tausch in Verl gegründete Likörfabrik und Weinbrennerei übernommen, der auch ein Weinhandel angeschlossen war. Während des Kriegs hatte der Betrieb an der Bahnhofstraße hinter der schönen Jugendstilvilla von 1905 geruht. Doch in den nun folgenden „Wirtschaftswunderjahren“ konnte Heinrich Pollklesener das Geschäft erfolgreich wiederaufnehmen. Er erweiterte die Betriebsräume; ein „Bürohaus“ und ein großer Weinkeller kamen hinzu. Seit 1961 stellte die „Johann Tausch G.m.b.H.“ außerdem selbst Sekt her. Das war einzigartig „im Regierungsbezirk Detmold und darüber hinaus“ und den Zeitungen deshalb einen zweiten Bericht im Februar 1967 wert.



Die Villa und die Fabrikgebäude der Firma Johann Tausch auf einer Luftaufnahme aus dem Jahr 1975.

„Weitab von traubenschweren Weinstöcken“ stand die Sektkellerei in Verl. Diese überraschende Tatsache erklärten die Reporter damit, dass hier ein tüchtiger Mann die Zeichen der Zeit erkannt habe: Als Geschäftsführer einer Weinbrennerei und Weinkellerei wusste Heinrich Pollklesener, „wie man weiche Weine schmeckt und wie man Sekt vergären lässt“. Gleichzeitig war inzwischen, wo es „bergauf ging in der Heimat“, „auf allen Festen die Sektbar neben der Theke zum allerschönsten Platz“ geworden und der Sektkelch behauptete sich „neben dem Bierbecher und dem Weinglas“: „Da ließ Heinrich Pollkleseners Können, gepaart mit der Kunst seines Kellermeisters, eine eigene Sektkellerei entstehen.“

Ausführlich schilderten die Zeitungen die Herstellung des Sekts: Ausgewählte junge Grundweine durchliefen in zwei großen, jeweils 5000 Liter fassenden Tanks unter Hinzufügung von Hefe für acht Tage einen Gärprozess. Danach wurden sie maschinell in Flaschen abgefüllt, die ein Kunststoffkorken verschloss. Anschließend lagerte der Sekt wenigstens sechs Monate lang bis zur Reife im Flaschenkeller, um dann mit klingenden Namen wie „Grand Reserve“ oder „Bonheur paré“ in den Handel zu gelangen.

„Kommunalpolitiker mit Talent und Profil“

Im März 1967 gratulierten die Zeitungen dem SPD-Politiker Heinrich Große in Sende zum 75. Geburtstag

Im katholisch geprägten Verler Land gewinnt die Christlich-Demokratische Union, die CDU, bis heute regelmäßig die Wahlen. Dennoch ist auch die SPD, die sozialdemokratische Partei Deutschlands, seit langem hier zu Hause. Die frühere Arbeiterpartei fand besonders in Sende eine zahlreiche Wählerschaft: Viele dort hatten Arbeit in den großen Betrieben in der Nähe, in Schloß Holte, Brackwede und Bielefeld gefunden.

Auch der SPD-Kommunalpolitiker Heinrich Große, dessen 75. Geburtstag die Zeitungen am 1. März 1967 würdigten, lebte seit seiner Geburt in seinem Elternhaus in Sende. Er war Metallarbeiter und hatte über die Gewerkschaft den Weg in die Politik gefunden. Bereits 1924 war Heinrich Große erstmals Mitglied der Gemeindevertretung Sendes und stellte sich für die Wahlen der Gemeinde- und Amtsvertretungen 1929 erneut erfolgreich als Kandidat der SPD zur Verfügung. Als der nationalsozialistische Staat die SPD im Juni 1933 verbot, „gab es auch für diesen Demokraten keinerlei Möglichkeiten mehr zur politischen Betätigung“, wie die Zeitungen in ihren Rückblicken auf den Werdegang Heinrich Großes schrieben.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ließen die Siegermächte eine zentrale deutsche Regierung nicht zu, die kommunale Selbstverwaltung jedoch wollten sie aufbauen. Weil entsprechende Kommunal-Wahlen erst noch vorbereitet werden mussten, wurden zunächst politisch unbelastete Personen von der Militärregierung zu Gemeindebürgermeistern und Gemeindevertretern ernannt. In Sende war es Heinrich Große, der als Bürgermeister am 20. November 1945 die erste Versammlung der Gemeindevertreter leitete. Sie mussten sich großen Aufgaben stellen: Dem (Wieder-)Aufbau des demokratischen Lebens und der Unterbringung der vielen Flüchtlinge und Vertriebenen, die in das Amt Verl kamen.

Heinrich Große, der bis 1948 Bürgermeister blieb und anschließend weiter dem Gemeinderat angehörte, außerdem auch als Mitglied der Amtsvertretung und des Kreistags wirkte, erwies sich in diesen Jahren als „unermüdlich“ und „uneigennützig“. 1963 überreichte ihm der Oberkreisdirektor dafür das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Auch das erwähnten die Zeitungen 1967, als sie Heinrich Große anlässlich seines 75. Geburtstags als durchaus unbequemen „zähen Verfechter seiner guten Grundsätze“ und gleichzeitig als „Mann des Ausgleichs“ charakterisierten. Vielleicht waren dies Eigenschaften, die unabdingbar waren, um aus der Minderheit heraus Politik zu machen: Von den 19 Sitzen im Rat der Gemeinde Sende hatte bei der Wahl am 27. September 1964 die SPD sieben erhalten, einen die FDP und 11 die CDU.

Ein Klärwerk (noch) ohne Kanalanschluss

Im April 1967 fand das Richtfest der Gemeinschaftskläranlage Bornholte-Österwiehe statt

Wo heute die Bürgerinnen und Bürger in der Marienstraße ihren Grünschnitt abgeben, befand sich früher die Gemeinschaftskläranlage Bornholte-Österwiehe. Ihr Richtfest fand am Dienstag, dem 18. April 1967 statt. In den Gästen, die an jenem Tag zur Richtkrone hinaufblickten, spiegelte sich die damalige kommunale Ordnung: Amtsdirektor Dr. Klose und Amtsbürgermeister Maasjost repräsentierten Verwaltungsbezirk und Gemeindeverband, die Bürgermeister Hermwille und Potthoff vertraten die darin politisch selbständigen Gemeinden Bornholte und Österwiehe. Letztere hatten sich zusammengetan, um eine umfangreiche und kostspielige kommunale Aufgabe zu bewältigen: die Einrichtung einer modernen Kanalisation, die Voraussetzung für jede weitere bauliche Entwicklung, für die Entstehung neuer Siedlungs- und Gewerbegebiete war.

Bis zum Anfang der 1950er Jahre war im Amtsbezirk Verl lediglich die Dorfstraße in Verl – die heutige Hauptstraße – kanalisiert: Seit 1928 wurden Regenwasser und Hausabwässer unter der nun gepflasterten Straße gesammelt und (ungeklärt) in den Ölbach eingeleitet. Erst 1954 gab es auch im Ortskern Schloß Holtes die ersten Kanalisationsarbeiten. Bald darauf, in den Jahren 1958 und 1959, verwirklichte die Gemeinde Verl ein umfassendes Kanalisationssystem, das auch ein Klärwerk oberhalb des Lerchenwegs umfasste.

Die anderen drei Gemeinden des Amtsbezirks, Sende, Bornholte und Österwiehe, begannen Anfang der 1960er Jahre mit der Planung der Kanalisation in ihrem jeweiligen Gemeindegebiet. Hinsichtlich der Klärwerke entschieden sich alle für Gemeinschaftsanlagen: Sie waren, bezogen auf die entstehenden Kosten je Einwohnerin und Einwohner, finanziell günstiger, und außerdem klärtechnisch sicherer als eine kleine Anlage nur für eine Gemeinde. Während Sende sich mit Oerlinghausen zusammen schloss, gingen Bornholte und Österwiehe eine Partnerschaft innerhalb des Amtsbezirks ein.

Ihr gemeinsames Klärwerk war rascher fertig als die dorthin führenden Leitungen. Die Zeitungen berichteten anlässlich des Richtfests: „Doch noch fehlen die Kanäle, durch die das Abwasser eingeleitet werden könnte. Die Kanalbauarbeiten beginnen zunächst im Siedlungsgebiet Bornholte-Bahnhof. Noch muß die Gemeinde die Baukosten vorfinanzieren. Sie rechnet aber in diesem Jahr mit Beihilfen des Landes. Diese Zuschüsse sind vor allem erforderlich für den Kanalbau im Dorf Kaunitz. Dr. Klose hofft, daß trotz der Finanzmisere auch Kaunitz mit Beginn des neuen Jahrzehntes kanalisiert ist. Oesterwiehe hat bereits einen Anteilsbetrag an die Nachbargemeinde im Etat 1967 ausgewiesen.“

„Mit diesem Werk um ein kunstgeschichtliches Anschauungsmittel bereichert“

Im Mai 1967 diskutierte der Rat der Gemeinde Sende über den künstlerischen Schmuck der Schule Elbracht

Die Elbracht-Schule ist heute ein Grundschulstandort der Stadt Schloss Holte-Stukenbrock. Im Mai 1967 jedoch war sie noch eine Volksschule in der Trägerschaft der politisch selbständigen Gemeinde Sende im Verwaltungsbezirk Amt Verl. Damals beschäftigte sich der dortige Gemeinderat mit dem künstlerischen Schmuck für den im Dezember 1966 eingeweihten modernen Erweiterungsbau der Schule Elbracht. Die örtlichen Zeitungen berichteten darüber.

„Kunst am Bau“ gab es in oder an allen in den 1960er Jahren erneuerten und erweiterten Schulbauten der Gemeinden des Amts Verl. Dies war in zweifacher Hinsicht wertvoll: Die Kinder konnten Kunstwerke in nächster Nähe entdecken und die einheimischen Künstler bezahlte Arbeit finden. „Um die bildende Kunst zu fördern“ hielt der Staat die öffentlichen Gemeinwesen an, entsprechende Aufträge zu vergeben. Bereits in der Zeit der Weimarer Republik hatte dies der „Reichsverband bildender Künstler“ gefordert, um seine Not leidenden Mitglieder zu unterstützen. Er hatte die Verpflichtung dazu aus der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 abgeleitet, die besagte: „Kunst, Wissenschaft und Lehre sind frei. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil.“ Die Bundesrepublik folgte diesem Beispiel.

Die Sender hatten mit dem 1934 in Verl geborenen Bildhauer Hagen Lükewille einen der Ihren – der Künstler wohnte und arbeitet in Sende – beauftragt, einen Schmuck für die Schule Elbracht zu erschaffen. Er entschied sich für ein Wandrelief. Im Mai 1967 konnte sich der Gemeinderat den Entwurf in der Form eines kleinen Modells ansehen. Es zeigte, angeregt von dem Kirchenpatronat der nahen St.-Heinrich-Kirche, den König und Kaiser Heinrich II. und seine Gemahlin Kunigunde. Beide Heilige galten als Muster tiefer Frömmigkeit.

Die Gestaltung des Reliefs lehnte sich an gotische Vorbilder an; die gegenständlich gearbeiteten Figuren waren auf den ersten Blick als mittelalterliches Königspaar zu erkennen. Amtsdirektor Dr. Klose legte den Anwesenden dar, dass der Künstler damit nicht nur ein Schmuckstück, sondern auch „ein bildnerisches Mittel geschaffen (habe), das den Lehrern ermöglichen soll, anschaulicher die Zeit der Gotik näherzubringen.“ Das Relief würde „zum Preis von 9500 DM, zu dem das Land einen Zuschuss gewährt, lebensgroß in Stein gehauen und an der Außenwand des Schulneubaues gegenüber der Pausenhalle angebracht werden“, berichteten die Zeitungen.

Am Preis schieden sich die Geister im Gemeinderat: War dieser Kostenaufwand für die Schule Elbracht nicht zu hoch, die in Zukunft, wenn es die Volksschule als Schulform nicht mehr gäbe, vielleicht nicht ein großer Hauptschul-, sondern nur ein kleiner Grundschulstandort sein würde? So fragte Ratsherr Große von der SPD. Doch Dr. Johannwille, der als CDU-Mitglied der Mehrheit im Sender Rat angehörte, entgegnete: „Wenn man grundsätzlich für eine künstlerische Gestaltung an der Schule sei, so dürfe man diese nicht abhängig machen von Grund- oder Hauptschule.“ Am Ende beschloss der Rat, den Auftrag für die Verwirklichung des Kunstwerks zu erteilen.

„Persönlich bescheidene Frau, engagierte Pädagogin“

Im Juni 1967 feierte die Rektorin der Marienschule, Antonie Rodemeier, ihren 65. Geburtstag und ging im Juli in den Ruhestand

Antonie Rodemeier nahm unter den Lehrerinnen und Lehrern, die 1967 an den Schulen im Amt Verl unterrichteten, eine besondere Stellung ein: Sie war die einzige Frau, die eine Schule leitete. Und sie hatte diese Position an der Dorfschule in Verl inne, der ältesten Schule am Verwaltungssitz, die seit 1963 – auf ihren Vorschlag hin – Marienschule hieß.

Im Juni 1967 hatte Frau Rodemeier ihr 65. Lebensjahr vollendet. Über 40 Jahre hatte sie zu diesem Zeitpunkt als Lehrerin gearbeitet, 29 davon an der Dorfschule in Verl. Als sie im Juli 1967 feierlich in den Ruhestand verabschiedet wurde, konnte daher der Bürgermeister der Gemeinde Verl, Hermann Dreismann, sie als ehemaliger Schüler mit eigenen Erinnerungen würdigen: „Sie haben uns nicht nur Rechnen und Schreiben beigebracht, sondern Sie haben uns auch den Weg der christlichen Nächstenliebe und den des freundlichen Staatsbürgers aufgezeigt!“

Dass Antonie Rodemeier „ihren pädagogischen Auftrag aus christlicher Sicht“ aufgefasst habe, betonte auch Schulrat Johannes Weck, der den anwesenden Gästen – darunter die örtlichen Zeitungsreporter – den beruflichen Werdegang der Rektorin nachzeichnete. Dieses „geistige Rüstzeug“ habe sie „auf den bewährten damaligen Lehrerseminaren“ in Paderborn erworben. Er hob hervor, dass Frau Rodemeier, anders als viele andere Lehrerinnen und Lehrer seinerzeit, unmittelbar im Anschluss an ihre Ausbildung 1927 eine Anstellung an einer katholischen Privatschule fand, was nach seinen Worten auf ihre besondere Befähigung hindeutete.

In den folgenden Jahren legte sie die zweite Lehrerprüfung ab. Neben ihrer Berufstätigkeit wirkte sie ehrenamtlich als Chorleiterin und Organistin. Auch in Verl, wo sie seit 1938 unterrichtete, band sich Antonie Rodemeier eng an die Kirchengemeinde. Aus der Schule des Küsters von St. Anna, die spätestens seit Ende des 18. Jahrhunderts bestand, hatte sich die Dorfschule entwickelt, die mit dieser Lehrerin eine Chronistin gewann. Liebevoll führte sie nicht nur die Schulchronik, sondern erforschte auch die Geschichte ihrer Schule. Darin empfand sie rückblickend als „das Schlimmste“, „als unsere Schule am Karsamstag 1945 bis auf die Grundmauern abbrannte.“ (Bei der Sprengung von Munition war die Schule durch Funkenflug in Brand geraten und zerstört worden; nur das benachbarte Lehrerwohnhaus blieb unbeschädigt.)

Nach dem Tod des langjährigen Schulleiters Wilhelm Lerch 1960 leitete Antonie Rodemeier als Konrektorin die Schulgeschäfte; 1961 wurde sie zur Rektorin der Schule ernannt. Sie sei „nicht immer eine bequeme Schulleiterin gewesen, doch stets habe man in Verhandlungen eine gemeinsame Ebene gefunden zum Wohle der Schule“, dankte ihr Bürgermeister Dreismann.

„Mehr Platz für die Amtsverwaltung“

Im Juli 1967 besichtigten die Zeitungen die Veränderungen im Amtshaus in Verl

Mehr Einwohnerinnen und Einwohner, mehr Aufgaben, mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Die Verwaltung braucht mehr Platz. So ist es heute und so war es vor 50 Jahren. Damals gewann die Amtsverwaltung in Verl diesen Raum nicht durch Anbauten. Stattdessen räumte der Amtsdirektor Dr. Hans-Georg Klose seine Dienstwohnung im Altbau des Amtshauses – dem historischen Kern des heutigen Rathauses – und richtete sich mit seiner Familie in der neu gebauten Dienstwohnung im Brahmweg ein. Anschließend zogen innerhalb des Amtshauses die Abteilungen um: Standesamt und Bauamt belegten das Erdgeschoss, das Sozialamt das Obergeschoss des Altbaus. Die Kämmerei dehnte sich in die ehemaligen Räumlichkeiten des Bauamts im Obergeschoss des – heute nicht mehr sichtbaren – Neubaus aus dem Jahr 1959 aus. Hier gab es nun erstmals auch ein Dienstzimmer für die ehrenamtlichen Bürgermeister der fünf amtsangehörigen Gemeinden. Darin standen „ein Schreibtisch sowie verschiedene, verschlussichere Schränke für die einzelnen Gemeindebürgermeister, die hier demnächst abwechselnd residieren werden. Sprechzeiten werden künftig nach Vereinbarung abgehalten.“ (Bis dahin hatten die Bürgermeister die ratsuchenden Bürgerinnen und Bürger nach Feierabend oder am Sonntag bei sich zu Hause empfangen.)



Die Fotografie aus dem Jahr 1959 zeigt links einen Teil des Altbaus des Amtshauses mit dem sich rechts anschließenden Neubau.

Besonders beeindruckte die Journalisten auf ihrem Rundgang mit dem Amtsdirektor und dem Amtsbürgermeister Karl Maasjost im Juli 1967 das neue Trauzimmer des Standesamtes. Der „Clou“ – so bezeichneten es die Reporter – war es jedoch nicht nur wegen des darin befindlichen historischen Kachelofens. „Da auch das Amtssäckel angesichts der allgemeinen Finanzmisere außer für das notwendige Mobiliar keinen roten Heller für eine würdige Ausschmückung dieses Zimmers erübrigen konnte, fand Amtsdirektor Dr. Klose eine interessante Lösung. Der Verwaltungschef bat zwei ihm bekannte heimische Künstler um Hilfe“, berichtete die „Neue Westfälische“. Nun bereicherten Fotografien von Arbeiten des Bildhauers Heinz Hollenhorst und Bronzefiguren von Hagen Lükewille den Raum. So entstand das „Trauzimmer als ‚Galerie““. Die Ausstellungsstücke waren auf Wunsch den Bürgerinnen und Bürgern für eine Besichtigung zugänglich. „Die Sachen fanden schon viel Anklang“, berichtete der Standesbeamte Gerhard Dorwald den Journalisten. Heute ist das ganze Rathaus „Galerie“, wenn in den Fluren wechselnde Kunstausstellungen gezeigt werden. Im Foyer sind außerdem Jörg Immendorfs Plastik „Adler, rechts drehend“ und Yvonne van Achts Gemälde zur Stadtwerdung Verls im Jahr 2010 ständig zu sehen. Und der Kachelofen? Während das Trauzimmer des Standesamtes in das Nebengebäude auf der anderen Straßenseite gewechselt ist, ist er an Ort und Stelle geblieben in „seinem“ Raum, den nun der Fachbereich Jugend nutzt.

„Katholische Glaubens- und Sittenwerte in der Familie erhalten“

Im August 1967 feierte die Frauen- und Müttergemeinschaft Verl ihr 40jähriges Bestehen

Mit einem Dankgottesdienst, den Pfarrer Josef Ludwig am Sonntag, 13. August 1967 in der St. Anna Kirche hielt, gedachte die Frauen- und Müttergemeinschaft Verl ihrer Gründung 40 Jahre zuvor. Im August 1927 hatte Pfarrer Johannes Häner sie als „Mütterverein in der Pfarr-Kirche zu Verl“ ins Leben gerufen. Bis zu seinem Tod im Jahr 1956 war er als „Präses“ ihr geistlicher Leiter gewesen. Die Bezeichnung „Mütterverein“ macht deutlich, dass anfangs nur verheiratete Frauen und Mütter Mitglieder werden konnten. Als solche war es ihre „vordringlichste Aufgabe“, beschrieben die örtlichen Zeitungen, „das gemeindliche Leben zu aktivieren und katholische Glaubens- und Sittenwerte in der Familie zu erhalten.“

Die erste Vorsitzende des anfangs aus acht Frauen bestehenden, aber rasch wachsenden Vereins war Maria Schröder, Ehefrau des Zimmermeisters Josef Schröder. Ihr folgte 1932 Johanna Holzmeier, Ehefrau des Schmiedemeisters Heinrich Holzmeier. Sie war Vorsitzende, als 1939 die Nationalsozialisten den „Zentralverband der katholischen Müttervereine“ mit allen angeschlossenen pfarrlichen Müttervereinen im Rahmen der von ihnen betriebenen „Gleichschaltung“ auflösten. Dadurch wollten sie ihren „NS-Frauenschaften“ mehr Geltung verschaffen. Auch in Verl bestand spätestens seit 1936 eine Gruppe dieser Gliederung der NSDAP. Dennoch, so schrieben die Zeitungen 1967, gelang es den Frauen des Müttervereins, weiter in Verbindung zu bleiben.

1948 fanden sie unter der Leitung von Agnes Bock, Ehefrau des Kaufmanns Hermann Bock, wieder zusammen. Der Dachverband gründete sich 1951 neu als „Zentralverband der katholischen Frauen- und Müttergemeinschaften“. Entsprechend hieß der Verein jetzt auch in Verl „Frauen- und Müttergemeinschaft“. Um ihre Gemeinschaft und ihren Glauben zu stärken, unternahmen die Frauen Wallfahrten nach Werl und trafen sich regelmäßig zu geselligem Beisammensein.

Wallfahrten sind weiterhin ein Bestandteil des gemeinschaftlichen Lebens des noch heute bestehenden Vereins, ebenso wie Andachten, aber auch Ausflüge, gemeinsames Handarbeiten und Theaterspielen. Seit längerem allerdings heißt er nicht mehr „Frauen- und Müttergemeinschaft“, sondern „kfd Verl St. Anna“: Den Namen „Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd)“ gab sich der Zentralverband der katholischen Frauen- und Müttergemeinschaften 1968 unter dem Eindruck der gesellschaftlichen Veränderungen, die auch die Rolle der Frau betrafen. Die pfarrlichen Gruppen änderten ihre Bezeichnung entsprechend.

Heute bewegen sich die katholischen Frauengemeinschaften zwischen Tradition und Moderne: Die „kfd Verl-Sürenheide“ (gegründet 1958) sieht ihr Ziel darin, „christliche Frauen in der Gemeinschaft Gleichgesinnter in ihren Aufgaben als Frauen und Mütter in ihrer Verantwortung für Familie, Staat, Kirche und Gesellschaft zu unterstützen“. Die „kfd Verl St. Anna“ und die „kfd Kaunitz“ (gegründet 1921) beziehen sich auf das Leitbild des Zentralverbands, „leidenschaftlich glauben und leben“, das beispielsweise ausdrücklich ökumenisches Handeln und eine stärkere Teilhabe von Frauen in Kirche und Gesellschaft anstrebt.

**„Für Frieden und Verständigung“ im Kleinen und im Großen
Im September 1967 begingen „Alt- und Neubürger“ in Schloß Holte den „Tag der Heimat“**

Vor 50 Jahren, im September 1967, hielt Georg Tarras als Kreisvorsitzender des Bunds der Vertriebenen (BdV) anlässlich des „Tags der Heimat“ in Schloß Holte – damals noch im Amt Verl gelegen – eine Rede. Die anwesenden Journalisten schrieben: „Georg Tarras wendete sich in seiner Rede gegen einen bedingungslosen Verzicht auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße. Ebenso warnte er vor der Gleichgültigkeit weiter Kreise der Bevölkerung, die diese Landschaften einfach abschrieben. Demgegenüber betonte er das Ziel der Vertriebenen, die Lösung des Heimatproblems nur auf friedlichem Wege zu suchen. Oberster Grundsatz sei hier die Gerechtigkeit.“

Georg Tarras sprach im Namen der Flüchtlinge und Vertriebenen, die nach dem Kriegsende 1945 ihre Heimat in den ehemaligen deutschen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße, die nun zu Polen gehörten, und in den deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südeuropa verlassen und in die spätere Bundesrepublik Deutschland gehen mussten. Viele von ihnen hegten noch lange die Hoffnung, wieder in die alte Heimat zurückkehren zu können. Tatsächlich gab die Bundesrepublik ihre Ansprüche auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete erst mit der Wiedervereinigung 1990/91 auf, als sie die Oder-Neiße-Grenze endgültig als rechtmäßige Grenze zwischen Deutschland und Polen anerkannte.

Der „Tag der Heimat“ jedoch ist weiterhin jedes Jahr im September Gedenktag für Flucht und Vertreibung. Auch im vergangenen Jahr (2016) wurde er in Schloß Holte-Stukenbrock wieder vom BdV begangen. Die Journalisten, die die Veranstaltung besuchten, hielten fest, dass die vielen Flüchtlinge, die in den vergangenen Jahren aus den Kriegs- und Krisengebieten in Nordafrika und dem nahen und mittleren Osten nach Deutschland gekommen sind, die Heimatvertriebenen an die Schicksale ihrer eigenen Familien vor 70 Jahren erinnerten. Dennoch sah Hans Lebersorger, Vorsitzender des BdV in Schloß Holte-Stukenbrock, zwischen der damaligen Situation und der heutigen einen großen Unterschied: Die Vertriebenen seien damals weniger als Fremde denn „als Deutsche zu Deutschen“ gekommen und hätten Sprache und Religion der Alteingesessenen geteilt. Alle gemeinsam hätten sie das durch den Krieg zerstörte Land wieder aufgebaut und so ein Gefühl der Verbundenheit entwickelt.

Der Vorsitzende ließ unerwähnt, dass auch die Eingliederung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen nach 1945 nicht ohne Schwierigkeiten verlief. Nicht allen Alteingesessenen in Westdeutschland waren sie damals willkommen gewesen – wegen ihrer Armut und Bedürftigkeit oder auch wegen ihres Glaubensbekenntnisses: Es war schwer, als „Luthersche“ oder „Lutherscher“ im katholischen Verl Fuß zu fassen.

„Schulneubau in einer Zeit des schulischen Umbruchs“

Bei der Einweihung der neuen St.-Georg-Schule in der Sürenheide im Oktober 1967 zeichnete sich das Ende der Volksschulen ab

Am 14. Oktober 1967 feierte die Gemeinde Verl die Einweihung der neuen St.-Georg-Schule in der Sürenheide. Nach den Plänen des Architekten Hermann Mertens aus Gütersloh war hinter dem alten Schulgebäude an der Thaddäusstraße ein moderner achtklassiger Schulbau mit künstlerisch gestaltetem pädagogischen Zentrum, zwei als Lehrgärten angelegten Innenhöfen, einer Turnhalle und einem „gärtnerisch gepflegten“ Schulhof entstanden.

Zu diesem Zeitpunkt war die St.-Georg-Schule noch eine Volksschule mit 157 Schülerinnen und Schülern des ersten bis achten Jahrgangs. Die ersten vier Jahrgänge der Volksschule, die „Grundstufe“, besuchten alle Kinder. Die „Oberstufe“ mit den fünften bis achten Jahrgängen war „die abschließende Vollzeitschule für alle Heranwachsenden, die keine weiterführende Schule“ wie die Realschule oder das Gymnasium besuchten. Die Kinder der Volksschule St. Georg erhielten in vier Klassen Unterricht, was bei acht Jahrgängen bedeutete, dass die Lehrkräfte den Kindern zweier unterschiedlicher Jahrgänge zur gleichen Zeit unterschiedlichen Stoff vermitteln mussten.

In dieser Organisationsform, legte Schulrat Weck in seiner Ansprache anlässlich der Einweihung dar, könne die St.-Georg-Schule in der Sürenheide, wie überhaupt alle Volksschulen, nicht bestehen bleiben: „Die heutige Zeit mit ihrer technischen und wirtschaftlichen Entwicklung stelle wesentlich mehr Ansprüche an den Bildungsstand der Kinder und Staatsbürger von morgen. Seit geraumer Zeit werde diese Situation von den Eltern klar erkannt, die immer mehr ihre Kinder zum Gymnasium und zur Realschule schickten. Diese Entwicklung bringe immer mehr zum Ausdruck, daß die Volksschule von gestern nicht ausreiche, um den Menschen von morgen fähig zu machen, an verantwortungsvoller Stelle in einer kompliziert strukturierten Umwelt seinen Auftrag in der Gesellschaft zu erfüllen“, überlieferten die anwesenden Journalisten die Worte des Schulrats.

Tatsächlich ordnete bereits im folgenden Jahr das Land Nordrhein-Westfalen sein Volksschulwesen neu: Seit dem August 1968 fasste die „Grundschule“ die ersten bis vierten Jahrgänge zusammen. Die bisherige Volksschuloberstufe mit den fünften bis achten Jahrgängen wurde, ergänzt um ein neuntes Schuljahr, zur „Hauptschule“. In der Schulchronik beantwortete sich der damalige Leiter der St.-Georg-Schule, Heinrich Hamschmidt, die Frage „Was war aber der eigentliche Inhalt der Reform?“ so: „Die Hauptschule ist wie die Realschule und das Gymnasium eine Schule der weiterführenden Bildung. Die Inhalte der Lehrpläne sind entsprechend dem Bildungsauftrag und Bildungsziel einer weiterführenden Schule anspruchsvoller und leistungsbezogener als die ehemalige Volksschuloberstufe gestaltet. Die Hauptschule differenziert (anders als die Volksschuloberstufe) ihren Unterricht nach Begabung und Leistungskraft, nach den Neigungen und den Interessen ihrer Schüler.“

„Dr. Barzel aus Bonn hörte Probleme“

Der Bundestagsabgeordnete nahm im November 1967 an einer Aussprache des Landrats und der Bürgermeister in Kaunitz teil

Der CDU-Politiker Rainer Barzel hatte das Amt des Bundestagspräsidenten inne, als er am 25. Oktober 1984 wegen seiner Verwicklung in eine Parteispendenaffäre zurücktrat. Im Bundestag hatte er seit 1957 den Wahlkreis Paderborn (bis 1980 „Paderborn-Wiedenbrück“) vertreten. Als Rainer Barzel 2006 im Alter von 82 Jahren starb, hieß es in einem Nachruf der Stadt Paderborn auf ihren Ehrenbürger, er habe seinen Wahlkreis selbst „als stete Kraftquelle für seine politische Arbeit“ bezeichnet.

Tatsächlich pflegte Rainer Barzel als Bundestagsabgeordneter die Verbindung mit seinem Wahlvolk, zu dem auch die Bevölkerung des damaligen Amts Verl gehörte. So war er im November 1967 – zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag in Bonn – zu Gast in der Markthalle in Kaunitz, der heutigen Ostwestfalenhalle. Landrat und Landtagsabgeordneter Paul Lakämper (CDU) hatte den Amts- und die Gemeindebürgermeister zu einer Aussprache in die Verwaltung des kaum zwei Jahre alten Prestigeobjekts eingeladen.

Karl Maasjost (Amt Verl), Hermann Dreismann (Gemeinde Verl), Hubert Hermwille (Gemeinde Bornholte), Karl Oesterwalbesloh (Gemeinde Schloß Holte) und Heinrich Wester-Ebbinghaus (Gemeinde Sende) bewegten, wie nicht anders zu erwarten, weniger Fragen der Bundes- als der Landespolitik, die auf der kommunalpolitischen Ebene für Unruhe sorgten: So sollten die Volksschulen in naher Zukunft durch Grund- und daran anschließende Hauptschulen ersetzt werden. Die weiterführenden Hauptschulen waren als Gemeinschaftsschulen vorgesehen, nicht mehr als Bekenntnisschulen. Das verunsicherte die Eltern, die die Schulen weiter an Glaubensbekenntnisse gebunden sehen wollten.

Auch die bevorstehende kommunale Neugliederung, die „Verwaltungsreform“, stieß in ihrer geplanten Form auf Kritik. Sie sollte größere, leistungsfähigere Verwaltungsbezirke ermöglichen, und es zeichnete sich ab, dass man dafür „das Amt Verl in zwei Teile schneiden wolle“. Amtsbürgermeister Karl Maasjost hingegen forderte, „daß bei einer Neugliederung die amtsangehörigen Gemeinden innerhalb der bestehenden Amtsgrenzen zu einer Einheit zusammengefügt würden“.

Rainer Barzel selbst hielt die Einleitung der Verwaltungsreform durch die sozialliberale nordrhein-westfälische Landesregierung für übereilt: „Sie müsse reiflich und in Ruhe überlegt werden, um Fehlentscheidungen zu vermeiden“, zitierten ihn die anwesenden Zeitungsreporter.

Willkommen im „Klub der sauberen Gemeinden“

Im Dezember 1967 weihten die Gemeinden Bornholte und Österwiehe ihr Gemeinschaftsklärwerk ein

Der Aufbau der Kanalisation und die Errichtung von Klärwerken in den Gemeinden des Amtes Verl war an dieser Stelle bereits mehrfach Thema: Im März und April 1962 fassten die Gemeinderäte in Verl und Sende entsprechende Beschlüsse für das Dorf Verl und für die Siedlungsgebiete in der Sürenheide und um die St.-Heinrich-Kirche. Im Februar 1965 entschied sich der Rat der Gemeinde Sende für den Bau eines Gemeinschaftsklärwerks mit den benachbarten Gemeinden Senne II, Lipperreihe und Oerlinghausen. Im April 1967 fand das Richtfest der Gemeinschaftskläranlage Bornholte-Österwiehe statt.

Die Entscheidungen für diese Einrichtungen waren deshalb von so großer Bedeutung, weil inzwischen die Erteilung von Baugenehmigungen – und damit die bauliche und wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden – von dem Anschluss geplanter Gebäude an die Kanalisation und der „einwandfreien Klärung“ der darin eingeleiteten Abwässer abhing. Das hoben auch die Zeitungsreporter hervor, die im Dezember 1967 an der Einweihung des Gemeinschaftsklärwerks der Gemeinden Bornholte und Österwiehe in der Marienstraße teilnahmen.

War es beim Richtfest im April ein Klärwerk (noch) ohne Kanalanschluss gewesen, hatte die Gemeinde Bornholte inzwischen ihren „Hauptsammler“, den größten Kanal ihrer Abwasseranlage, bis Bornholte-Bahnhof geführt. Er fing die Abwässer der Hausanschlüsse aus den kleineren „Nebensammlern“ auf und brachte sie zur Kläranlage. Die Gemeinde Österwiehe wollte im kommenden Jahr ihren Hauptsammler bis zum Dorf Kaunitz verlegen. Für diese beiden geschlossenen Siedlungsgebiete hatten die Gemeinden das Klärwerk seit 1963 geplant und es für rund 6000 Einwohnerinnen und Einwohner ausgelegt.

Amtsdirektor Dr. Hans-Georg Klose erinnerte in einem Rückblick die versammelten Gäste daran, dass die Gemeinden den gewünschten Bauplatz in der Nähe des Wapelbachs erst nach langwierigen Verhandlungen hatten erwerben können. Vom ersten Spatenstich im Juli 1966 hatte es dann noch eineinhalb Jahre gedauert, bis die „sauberen Gemeinden“ Bornholte und Österwiehe ihr Gemeinschaftsklärwerk einweihen konnten: „wegen des kalten und ungemütlichen Wetters ohne größere Formalitäten“.